



## Bundesregierung missachtet sowjetische NS-Opfer

Pressemitteilung von Ulla Jelpke, 11. Juli 2011

**„Den wohlfeilen Worten anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion folgen keine Taten: Eine Entschädigung für sowjetische Kriegsgefangene lehnt die Bundesregierung ab“, kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf die Antwort auf eine Kleine Anfrage (17/6156). Jelpke weiter:**

„In der Bundestagsdebatte zum 70. Jahrestag des Überfalls haben alle Fraktionen zu Recht die unsäglichen Verbrechen der deutschen Faschisten angeprangert. Dazu gehört auch die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer Haltung der Entschädigungsverweigerung: Den Ausgleich für Kriegsgefangenschaft sieht sie als eine ‚Reparationsangelegenheit‘, die 66 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ‚endgültig erledigt‘ sei. Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener Opfer, die noch leben und zeugt von unfassbarem Zynismus.

Anstatt einzuräumen, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen Opfer einer systematisch

betriebe, rassistisch motivierten Vernichtung geworden sind - rund drei Millionen haben die deutsche Haft nicht überlebt - , flüchtet sich die Bundesregierung in die Floskel, sie seien ,häufig in einer Weise behandelt worden, die mit den damaligen Regeln des humanitären Völkerrechts nicht vereinbar waren'. Dass Kriegsgefangene von den Entschädigungsprogrammen für Naziopfer und Zwangsarbeiter konsequent ausgeschlossen wurden, verteidigt sie noch heute. Die Regierung will nicht einmal nach Möglichkeiten für humanitäre Hilfen für in Not befindliche Überlebende suchen. Dabei beruft sie sich auf einen sowjetischen Reparationsverzicht aus dem Jahr 1953. Doch hier geht es nicht um Ansprüche, die Regierungen erheben oder auf die sie verzichten könnten. Es geht darum, dass das Leid, das die deutschen Faschisten angerichtet haben, entschädigt wird - und zwar gegenüber allen, denen Leid angetan wurde und deren Notlage keineswegs ,endgültig erledigt' ist. DIE LINKE wird sich bemühen, hierfür Mehrheiten im Parlament zu finden.“